

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

## Politische und soziale Situation

### Offener Brief gegen den EU-Migrationspakt

Während letzte Woche an die [Schiffskatastrophe von Cutro](#) vor einem Jahr erinnert wurde, ist auch ein [Brief an den EU-Rat und das EU-Parlament](#), in dem sich die Unterzeichner\*innen **gegen die Reformen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS)** aussprechen, veröffentlicht worden. Unterzeichnet wurde dieser Brief von 250 Akademiker\*innen verschiedener europäischer Universitäten, darunter einige [Unterzeichner\\*innen](#) aus Italien.

Die Verfasser\*innen fordern dazu auf, den neuen Reformen zum EU-Migrationspakt **in der finalen Abstimmung im Frühjahr dieses Jahres nicht zuzustimmen**, da die Einführung von obligatorischen Grenzverfahren „**gefährlich, inhuman, nicht umsetzbar und ineffizient**“ sei.

In der [Scirocco Ausgabe 1, 2024](#) haben wir bereits über die Reformen zum GEAS berichtet. Ein **gemeinsames Statement** verschiedener Akteur\*innen **zu den Gefahren der Reformen** kann [hier](#) gefunden werden.

In dem [offenen Brief](#) wird erklärt, dass die Reform weder zu einer Entlastung der Staaten, in denen vermehrt Geflüchtete ankommen, noch zu einer effizienteren Organisation und Verteilung von Verantwortlichkeiten zwischen den Staaten führen wird. Außerdem, unabhängig von der Ineffizienz der geplanten Veränderungen, wird im Brief an EU-Rat und EU-Parlament sehr **deutlich auf die Verschlimmerung von Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen durch die Reform** hingewiesen.

Laut der [Initiatorin des Briefs](#), Gaia Romeo, Wissenschaftlerin am Forschungszentrum für Migration und Minderheiten (BIRMM) der Vrije Universiteit Brussel, gibt es „viele gute Gründe den Pakt abzulehnen, der erste ist, dass die Einführung von obligatorischen Grenzverfahren mit Sicherheit

zu einer beträchtlichen Verletzung der Rechte von Asylsuchenden führen wird“.

Da der Prozess zur Abstimmung und Durchführung der GEAS-Reform allerdings schon fortgeschritten ist und EU-Parlament, Rat und Kommission bereits eine Einigung erzielt haben, ist fraglich, ob dieser offene Brief jetzt noch etwas verändern wird.

### Finanzierung für „freiwillige“ Rückführungen vorerst gestoppt

Der **Plan der Regierung unter Meloni** ist es, Migrant\*innen in Tunesien mit einem **finanziellen Anreiz** zu einer **„freiwilligen“ Rückkehr in ihre Heimatländer** zu bewegen. Dafür stellt die Regierung **drei Millionen Euro** zur Verfügung. Diese [Finanzierung](#) wurde nun aber **vorläufig ausgesetzt**, da vom ASGI (Vereinigung für juristische Studien zur Immigration) die Kritik geäußert wurde, dass diese, von der Internationalen Organisation für Migration durchgeführten, vermeintlich freiwilligen Rückführungen in Wahrheit Abschiebungen verschleiern.



Foto von Markus Spiske via [Unsplash](#)

Melonis Regierung **verletzt** damit eventuell das in Europa geltende **Non-Refoulement Prinzip**, welches es verbietet, Migrant\*innen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen. Nach der **Klage vom ASGI** liegt es nun an einem regionalen Verwaltungsgericht darüber zu entscheiden, inwiefern die Finanzierung solcher Rückführungen legal ist.

Gleichzeitig gibt es seit letzter Woche ein **neues Abkommen zwischen Italien und Tunesien**, in welchem Italien zusagt, **12.000 Arbeitserlaubnisse für Tunesier\*innen** auszustellen. Damit soll die legale Migration zwischen Italien und **Tunesien** gefördert werden und den Menschen abgesehen von saisonaler Arbeit eine Möglichkeit zum längeren Arbeitsaufenthalt in Italien geboten werden.

### Italien-Albanien-Deal

**Albaniens Parlament** hat Ende Februar ebenfalls dem **Italien-Albanien Deal zugestimmt** und somit den Weg für Melonis Regierung freigemacht, jährlich ca. 3.000 Menschen in geschlossene Zentren nach Albanien zu bringen.

Weitere Infos zu dem Abkommen finden sich in den letzten Ausgaben unseres [Scirocco](#).

Der Italien-Albanien Deal wird **europaweit diskutiert**. Während einige Länder sich ein Beispiel daran nehmen wollen, gibt es auch viel Kritik an dem Vorgehen der italienischen Regierung. Befürchtet wird eine fehlende Einhaltung von Menschenrechtsstandards und mangelnde Kontrollmechanismen.



Foto von Jannik via [Unsplash](#)

Einige **NGOs (Arci, ActionAid, Euro Med Rights und Profundo)** kritisieren generell die **fehlende Transparenz und Aufklärung bei den Menschenrechtsverletzungen** von Migrant\*innen an den Europäischen Außengrenzen und werfen der EU daher vor, Komplizin dieser **Menschenrechtsverletzungen** zu sein. Die Abkommen mit Albanien oder Tunesien führen häufig zu einem Rückgang der Migration nach Europa, ohne aber sicherzustellen, dass die Rechte

aller Menschen eingehalten werden. Zudem wird auch die finanzielle Unterstützung der EU für die sog. libysche und tunesische Küstenwache angeprangert. So spendete Italien beispielsweise mehrere Boote an die sog. libysche Küstenwache und fördert so das Abfangen von Migrant\*innen, welche sich auf den Weg nach Europa machen. Die oben genannten **NGOs fordern** daher von den europäischen Mitgliedsstaaten, einen **sicheren Migrationsweg nach Europa** zu schaffen und im April gegen den Migrationspakt der EU zu stimmen.

### EU-Justizminister\*innen Treffen: der italienische Justizminister fordert, dass die irreguläre Migration gemeinsam „bekämpft“ wird

Am 05.03.24 haben sich die Justizminister\*innen der EU-Staaten in Brüssel getroffen. Der **italienische Justizminister**, Carlo Nordio (Fratelli d'Italia), hat in einem **Interview** zu diesem Treffen die seiner Meinung nach bestehende **„Notwendigkeit und Wichtigkeit den Schmuggel von Migranten zu bekämpfen“** deutlich gemacht. Der Schmuggel von Migrant\*innen wäre laut Nordio nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechts, sondern auch ein Angriff auf die Menschenwürde.

Er berichtet, dass vor allem über die **„Straftaten von Schmugglern“** diskutiert worden sei und dass es eine große Einigkeit darüber gegeben habe, dass finanzielle Vorteile nicht zwingend ein strukturelles Element dieser Straftat (Schmuggel) sein müssten, sondern dass die Vorteile der „anderer Natur“ sein könnten. Hier erklärt Nordio nicht, was er mit „anderer Natur“ meint und ist generell in seinen Aussagen sehr vage und unklar.

Dabei vermischt der italienische Justizminister in seinen Aussagen zum EU-Treffen immer wieder (mehr dazu weiter unten). So erklärt er später in seinem Interview, dass die EU den „Menschenhandel“ bekämpfen wolle.

Leider ist aber davon auszugehen, dass er nicht von Menschenhandel, sondern schlicht von irregulärer Migration über das Mittelmeer spricht. **Opfer** dieser generalisierenden Politik werden dabei jährlich hunderte von Migrant\*innen, die als angebliche Schmuggler\*innen identifiziert werden.

Des Weiteren erklärt Nordio, dass Italien bei „diesem Phänomen“ geografisch und geopolitisch an

vorderster Front steht. In diesem Zusammenhang **rechtfertigte und befürwortete** der Justizminister auch die „**rigorosen Maßnahmen**“ nach dem Schiffbruch von Cutro vor einem Jahr. Über diese Maßnahmen, **das Cutro Dekret/Gesetz** und dessen Folgen hat der Verein **Arci** ausführlich berichtet. Daher **fordert Nordio eine internationale Zusammenarbeit** bei den Ermittlungen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen (hier stellt sich die Frage, wen Nordio als „verantwortlich“ für den Schiffbruch sieht).

Außerdem **fordert Nordio weitere rechtliche Verschärfungen auf europäischer Ebene**, um diese Phänomene – früher wären es die Drogen gewesen, heute das Schleusen von Menschen – wirksam zu „bekämpfen“.

Anstatt Flüchtende zu kriminalisieren und die irreguläre Migration als einziges “Problem” in den Fokus zu stellen, könnten sich die Minister\*innen der EU-Staaten beim nächsten Treffen darauf konzentrieren, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen und sich mit den Ursachen der Flucht übers Mittelmeer auseinandersetzen.

## Situation der Geflüchteten

### Auswirkungen des Piantedosi-Dekrets für Migrant\*innen in Italien

Bei den „rigorosen Maßnahmen“, von denen Nordio spricht, handelt es sich um das **Gesetz Nr. 50**, welches als **Reaktion auf die Katastrophe vor Cutro** beschlossen wurde. Von seinem “paradoxen - wenn auch wahrscheinlich gewollten - Effekt, diejenigen Menschen zu bestrafen, die es vorgibt zu beschützen” berichtet unser Partner “**Arci Porco Rosso**” in seinem neuesten **Artikel**.

Mit dem Gesetz wurde der sogenannte ‘**besondere Schutz**’ in großen Teilen **eingeschränkt**. Dieser Titel war vor allem eine Chance für Personen, die die strengen Anforderungen des Flüchtlingsstatus nicht erfüllen konnten und solche, die sich bereits seit Jahren in Italien aufhielten, ohne die Möglichkeit, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Die Einschränkung des Aufenthaltstitels bedeutet **eine weitere Marginalisierung von zehntausenden von Migrant\*innen in Italien**, davon berichtete Arci Porco Rosso bereits **früher**. Dass sich Migrant\*innen gegen diese Ungerechtigkeit wehren, bestätigt das

regionale Verwaltungsgericht der Toskana in seiner **Bilanz** zum neuen Gerichtsjahr. Beschwerden gegen das Cutro-Gesetzesdekret hätten im vergangenen Jahr zugenommen. Damit kommt Gerichten die wichtige Aufgabe zu, den Ungerechtigkeiten der Meloni-Regierung Einhalt zu gebieten.



Foto von [Sai Abhinivesh Burla](#) via Unsplash

### Italien schützt Überlebende von Menschenhandel zu wenig

Wenn Menschen dazu gezwungen sind, ihre Heimatländer zu verlassen, erhöht sich ihr Risiko Opfer von Menschenhandel zu werden. Dabei geht es nicht um Schmuggel, also das illegalisierte Überwinden von Grenzen, um Schutz in einem anderen Land zu suchen, wie Politiker\*innen, wie Nordio, und Medien den Begriff oft absichtlich fälschlicherweise verwenden, sondern um eine schwere Menschenrechtsverletzung. Unter **Menschenhandel** versteht man die **Ausnutzung der Zwangslage einer Person zum Zwecke der Ausbeutung**, z.B. für Zwangsarbeit oder Zwangsprostitution.

Oft wird Migrant\*innen ein Job oder ein geregelter Aufenthalt in einem anderen Land versprochen. Vor Ort angekommen, merken sie dann, dass sie getäuscht wurden und werden ausgebeutet. Auf diese Weise enden auch viele Migrant\*innen in Italien. Seit 2018 wurden jährlich **zwischen 2.100 und 3.800 Überlebende von Menschenhandel** identifiziert. Der **Großteil der Betroffenen ist weiblich**, die Zahl der männlichen und transgener Überlebenden steigt allerdings. Die **Dunkelziffer** dürfte um ein Vielfaches höher sein.



Protest gegen Menschenhandel, Foto von Hermes Rivera via Unsplash

Dass **Italien zu wenig zur Beendigung und Bestrafung von Menschenhandel und der Unterstützung der Überlebenden tut**, kritisiert die Expert\*innengruppe für Maßnahmen gegen den Menschenhandel (GRETA) des Europarats in ihrem neuesten [Bericht](#). Insbesondere fordert sie Italien auf, Überlebende proaktiv über ihre Rechte zu informieren und den Zugang zu kostenloser Rechtshilfe und Entschädigungen sicherzustellen. Des Weiteren sollen Untersuchungen und Strafverfahren, insbesondere im Bereich der Zwangsarbeit von Migrant\*innen ausgeweitet werden (darunter fällt auch die Saisonarbeit in der Landwirtschaft, über die wir regelmäßig in unserem [Scirocco](#) berichten). In ihrem Bericht appelliert GRETA des Weiteren dafür, das Memorandum mit Libyen [auszusetzen](#). Das Abkommen führe dazu, dass Migrant\*innen nach Libyen zurückgebracht werden, wo ihnen Sklaverei und sexuelle Ausbeutung drohen. **Die Expert\*innen kritisieren auch, dass die restriktive Migrationsgesetzgebung der italienischen Regierung zu einem allgemeinen Klima der Kriminalisierung von Migrant\*innen führt.** Dies kann zur Folge haben, dass Überlebende sich nicht trauen, Anzeige zu erstatten, wenn sie von Menschenhandel betroffen sind, aus Angst vor eigener Kriminalisierung und Abschiebung.

Der Bericht zeigt, dass der von der italienischen Regierung beschworene Kampf gegen Menschenhändler\*innen ein Deckmantel für die

weitere Begrenzung von Migration und willkürliche Kriminalisierung von Migrant\*innen ist. Die Unterstützung für tatsächliche Opfer von Menschenhandel tritt dahinter zurück.

### **Neuer Hotspot in Porto Empedocle eröffnet**

Das Ziel der geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ist es, Migrant\*innen nach ihrer Ankunft in der EU möglichst schnell zu identifizieren. Schutzsuchende sollen sofort registriert und ihre Chancen auf internationalen Schutz sollen vorausgesagt werden, bevor sie die Möglichkeit bekommen, in einem Asylverfahren individuell ihre Fluchtgründe vorzubringen. Auf Sizilien passiert diese Identifikation, unter anderem in sogenannten Hotspots unter de facto **Haftbedingungen**. Die Bilder des überfüllten Hotspots Lampedusa wurden seit letztem Sommer, in dem Tausende Migrant\*innen pro Tag die Küsten der sizilianischen Insel erreichten, immer wieder dazu benutzt, eine angebliche Migrationskrise zu beschwören. Ende Februar wurde nun ein **weiterer Hotspot in Porto Empedocle**, auf Sizilien [eröffnet](#), der Lampedusa entlasten soll. Platz ist für bis zu 280 Personen, wobei Bauarbeiten für eine Vergrößerung der Kapazitäten bereits genehmigt wurden. Obwohl beteuert wird, dass es sich nicht um eine Hafteinrichtung handelt, ist der Eingang von italienischen Soldat\*innen bewacht.

Auf dem Gelände befinden sich unter anderem Einheiten der Polizei und Frontex, der EU-Grenzschutzagentur. Drei Meter hohe Zäune sollen "willkürliche Entfernungen" verhindern. **Obwohl Pflanzen, ein Kinderspielplatz und ein geplanter Fußballplatz dem Hotspot den Eindruck einer "würdigen Struktur" verleihen sollen, bleiben Zweifel an seiner menschenrechtlichen Konformität.**

Der Freiheitsentzug ist ein schwerer Eingriff in die Menschenrechte und darf nur nach individueller Prüfung als letztes Mittel angewendet werden. Eine de facto Inhaftierung aller Asylsuchenden zum Zwecke der Identifizierung wird dieser Voraussetzung nicht gerecht. Auch ist es fraglich, ob die Strukturen für Menschen geeignet sind, die nach potenziell traumatisierenden Migrationsrouten eine angemessene Unterbringung, medizinische und psychologische Betreuung verdienen.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des **Scirocco** sowie in unserem [Streiflicht](#) „Zonen der Rechtlosigkeit“.

Kontakt

---

**borderline-europe**  
**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**  
<https://www.borderline-europe.de/>  
[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash